Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns gemäß § 19 Abs. 3 Satz 1 Alt, Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiloG)

 **Für die Ausschreibung zur Beschaffung eines Universalgeräteträger mit Anbaugeräten**

verpflichtet sich die Firma

gegenüber der

**Stadtverwaltung Crimmitschau**

**Baubetriebsamt**

**Markt 1**

**08451 Crimmitschau**

die jeweils gültigen Vorschriften des Mindestlohngesetzes einzuhalten.

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei der Ausführung des o.g. Vertrages bzw.

 Auftrages, dass er innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland

 - die Vorschriften des Arbeitnehmer-Entsendegesetz einhält und

 - bei seinen Beschäftigten bzw. der Nachunternehmer bei seinen Beschäftigten,

 die in den Anwendungsbereich des Mindestlohngesetzes fallen, mindestens den

 derzeit geltenden gesetzlichen Mindestlohn zahlt.

 Der Auftragsnehmer bestätigt, dass er nicht wegen eines Verstoßes gemäß §§

 19, 21 MiloG (z.B. Pflicht zur Zahlung des Mindestlohn) mit einer Geldbuße von

mindestens 2.500,00 EUR belegt worden ist.

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, zum Beispiel der in Abs. 1 enthaltenen

 Verpflichtung entsprechende Nachweise zu verlangen. Bei Nichtvorlage der

 entsprechende Nachweise ist der Auftraggeber berechtigt, fällige Zahlungen

einzubehalten.

(3) Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die Pflichten dieser Erklärung, so

 ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen und vom

 Auftragnehmer Schadenersatz und eine ggf. vereinbarte Vertragsstrafe zu

 verlangen. Der Auftraggeber ist zudem berechtigt, den Teil der noch nicht

 vollendete Leistungen durch einen Dritten ausführen zu lassen.

 Schadensersatzansprüche wegen weitergehender Schäden bleiben

 ausdrücklich vorbehalten.

(4) Sollte der Auftraggeber zukünftigen Haftungsansprüche oder staatlichen

 Sanktionsmaßnahmen ausgesetzt sein, die durch den Verstoß des

 Auftragsnehmers gegen diese Verpflichtungserklärung entstehen, erklärt er sich

 bereit, dem Auftraggeber alle daraus entstehenden Schäden zu ersetzen,

 soweit dies gesetzlich zulässig ist.

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Ort, Datum eigenhändige Unterschrift,

 ggf. Vollmacht